

## FREUNDERLWIRTSCHAFT UND KORRUPTION

**Millionen für „Beratung“**

250 Euro pro Stunde, 800 Euro pro Tag, 10 Millionen für einen „Tipp“ – Berater der Politik cashen gewaltig ab. Meist auf unsere Kosten.

Die Umverteilung von Staat zu Privat kennt viele Wege: Ein beliebtes Weg von Politiker, „guten Freunden“ Geld zukommen zu lassen ist die Tätigkeit als „Berater“. Für gutes Geld, versteht sich. Millionen an Steuergeld werden auf diese Weise verteilt und verpulvert. Einige Beispiele für eine verhängnisvolle Praxis:

2001 setzte die Stadt Graz einen „Weisenrat“ für den Teilverkauf der Stadtwerke ein. Die fünf Berater bekamen dafür 3,5 Millionen Euro. Einer der „Weisen“, Univ.-Prof. Waldemar Jud, kassierte später als Berater der Etag über Monate einen Stundenlohn von 960 Euro.

**Bundeswohnungen verkauft**

Gegen den Wahnsinn rund um den Verkauf der Bundeswohnungen an die Immobilienfinanzierung ist das allerdings noch bescheiden. 10 Millionen Euro bekamen die FPÖ-Parteigänger Walter Meischberger und Peter Hohegger auf ein zypriotisches Briefkasten-Konto überwiesen. Aufs Versteuern haben sie vergessen, Selbstanzeigen retteten beide Berater vorerst vor dem Kadi. Mitten drin im Buwog-Verkauf saß der damalige Finanzminister Karlheinz Grasser, dessen Trauzeuge Meischberger ist.

**Hypo Alpe Adria**

Und dann ist da ein gewisser Dietrich Birnbacher. Der Wirtschaftstreuhand hat

Jörg Haider (BZÖ) und Josef Martinz (ÖVP) beim Verkauf der Hypo Kärnten beraten und dafür 6 Millionen Euro kassiert.

In der Steiermark glänzt derzeit die SPÖ mit horrenden Beratergagen. Zur Rettung der Therme Fohnsdorf hat man den Ex-Berater von Landeshauptmann Franz Voves angeheuert. Der bekommt pro Tag 800 Euro. Zusätzlich hat man ein Team aus Anwälten und Wirtschaftsprofis engagiert – um 250 Euro pro Stunde.

**Österreichische Staatsbürgerschaft für Geld**

Mitunter handeln auch Politiker selbst beratend. So wie der Kärntner FPÖ/FPK-Chef Uwe Scheuch. Der bot einem russischen Investor die österreichische Staatsbürgerschaft an, wenn er eine stattliche Summe „spendet“. Ähnliche Vorgänge gab es bei den Salzburger Festspielen. Auch dort wurde reichen Nicht-EU Bürgern die Staatsbürgerschaft gegen Spenden und Sponsoring „verkauft“.



www.bigshot.at

Mit Unterstützung von BZÖ Funktionären und dem Geld russischer Investoren durfte Patrick Friesacher Formel-1-Pilot beim damaligen Minardi-Team werden. Zum Dank gabs für die Geldgeber zwei Jahre später die Staatsbürgerschaft

**KURZ BERICHTET****Kalte Dusche**

Nach dem Verbot der 100-Watt-Glühbirne hat es die EU in ihrer Regulierungswut erneut auf die Haushalte abgesehen. Im Zuge der „Ökodesign-Regeln“ will man nun viel Wasser verbrauchenden Duschköpfen und Wasserhähnen den Garaus machen. Durch den Einsatz von Sparköpfen spare man Warmwasser und damit Energie, heißt es bei unserer Zentralregierung in Brüssel.

**Post am Ende?**

Sogenannte Postpartner sollen zugespernte Postämter ersetzen. Ob Tankwarte, Autohändler oder TrafikantInnen ein gleichwertiger Ersatz für Postämter sind, sei dahingestellt. Immerhin reicht für letztere ein 3-Tage-Kurs als Einschulung. Dazu kommt, dass die Sparpläne der Post zu Lasten des Personals gehen. „So werden tausende Arbeitsplätze vernichtet“, kritisiert KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, „seit die Post eine AG ist, regieren dort die Interessen der Aktionäre. Die wollen möglichst viel Geld aus dem Unternehmen pressen, der Auftrag die Leute zu versorgen spielt dabei keine Rolle“.

**ÖBB Geheimplan: Zusperrern und Stilllegen**

Im Februar ist ein neuer Geheimplan der ÖBB bekannt geworden, der die Stilllegung von Nebenstrecken in allen Bundesländern und die Ausdünnung des Taktverkehrs bei Schnellverbindungen vor allem auf der Südbahnstrecke und bei der Verbindung Graz-Bischofshofen vorsieht. KPÖ-Vorsitzender Parteder: „Die aktuellen Vorhaben der ÖBB sind ein Horror. Damit soll ein Privatisierungsklima geschaffen werden. Dabei wäre ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs gerade jetzt wichtig!“